

Die Klimaschau von Sebastian Lüning: Akkus ohne Lithium, Kobalt und Nickel: Wann ist es endlich soweit?

geschrieben von AR Göhring | 30. September 2021

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende.

Themen der 67. Ausgabe vom 29. September 2021: 0:00 Begrüßung 0:22 Basalt-Mehl als unerwarteter Klimaretter 6:03 Akkus ohne die knappen Metalle Lithium, Kobalt und Nickel

Thematisch sortiertes Beitrags-Verzeichnis aller Klimaschau-Ausgaben:
<http://klimaschau.tv>

Jetzt beginnt die Ära der Klimaklagen – kleine NGOs machen Politik für die Massen

geschrieben von AR Göhring | 30. September 2021

von AR Göhring

Große internationale „Nicht“-Regierungsorganisation wie Greenpeace GP, aber auch kleine Vereine wie die Deutsche Umwelthilfe DUH haben durch mediale Unterstützung viel zu viel Macht und können die Interessen elitärer Opportunisten durchsetzen. Neuester Clou: Mit vier „klimaschützenden Unterlassungsansprüchen“ wollen DUH und GP BMW und Mercedes-Benz ans Portemonnaie.

Trotz der dämpfenden Wirkung von Annalena Baerbocks Versagen haben die Grünen mit knapp 15% rund 6 % seit 2017 dazugewonnen – die Greta-Hysterie und der acht Milliarden schwere Staatsfunk haben ihr Möglichstes getan. Ob Baerbock und Habeck an der Spitze bleiben oder nicht – die Partei wird nun mit Rückenwind der Medien ein Klimaschutzministerium fordern (und wohl durchsetzen), das mit Milliardenaufwand, bzw. Umverteilung, noch mehr Profiteure reich, aber die werktätige Mehrheit ärmer machen wird.

Zu erwarten ist, daß angebliche Ökoschutzvereine wie DUH und *Germanwatch*, die schon unter Merkel teils zu Abmahnvereinen wurden, nun eine Art Lizenz zum Geldrucken bekommen. Mußte die DUH bislang noch kleine Möbelhändler ausnehmen, weil da jemand am Kühschrank den Energie-Effizienz-Aufkleber abgemacht hatte, können sie nun den Generalangriff auf die Spitzen der deutschen Wirtschaft starten.

Zitat *Die Welt*:

Die Geschäftsführer von Greenpeace und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) forderten Mercedes und BMW schriftlich dazu auf, ab 2030 keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr in den Markt zu bringen, und zwar weltweit. Sie setzten den Autobauern eine Frist bis zum 20. September, 10 Uhr.

Beide Autobauer lehnten ab. Daher wurde am 21.9. Klage eingereicht. Vielflieger Jürgen Resch ist sich sicher:

„BMW und Mercedes-Benz verstoßen durch ihre besonders klimaschädlichen Fahrzeugflotte und vielen SUV-Stadtpanzer gegen das ‚Grundrecht auf Klimaschutz‘. Wir werden ein Ende von Diesel- und Benzin-Pkw ab 2030 auf dem Klageweg durchsetzen.“

Lustig: Die „SUV-Stadtpanzer“ werden überwiegend von Grünwählern gefahren.

Ist die Klage eigentlich rechtens? Wahrscheinlich ja, und das liegt am neuen Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, dessen Text wohl teilweise beim PIK und dem Politiker-Ehemann der berichterstattenden Richterin (Verfahrensleiterin) Gabriele Britz abgeschrieben wurde.

Der klagende Anwalt Remo Klinger dazu:

„Das Urteil der Verfassungsrichter bedeutet, dass wir ein Grundrecht auf Klimaschutz haben. Und dieses Grundrecht muss nicht nur der Staat achten, daran müssen sich auch große Konzerne halten, die für den Ausstoß von mehr CO₂ verantwortlich sind als ganze Industriestaaten. Das fordern wir jetzt vor Gericht ein“

Wieviel Geld bei der Klage für die NGOs herauspringt, ist unklar. Der Klimaanwalt hat auf jeden Fall seinen Schnitt gemacht. Und durch Publizität kommen Spenden herein, lohnt sich allemal.

Auch Volkswagen wird beklagt: Hier ist die Hamburger Anwältin Roda Verheyen für Greenpeace tätig. Pikant: Im Mai wurde sie für sechs Jahre

zur Richterin am Verfassungsgericht HH gewählt. Dürfen Richter und Ankläger heute dieselben sein? Das erinnert an Sylvester Stallones „Judge Dredd“.

Zur Erinnerung: Sebastian Lüning en détail zum seltsamen Klimaurteil des VerfG:

Kalifornien hat Strommangel – jetzt werden neue Gaskraftwerke errichtet

geschrieben von AR Göhring | 30. September 2021

von AR Göhring

Nach Netzunterdeckung vor allem während des Hochsommers (Klimaanlagen etc.) hat die *California Energy Commission* (CEC) nun Lizenzen für neue konventionelle Kraftwerke herausgegeben.

Kalifornien galt in den 60ern und 70ern als DER Traumstaat der USA, wo es nicht nur Schauspieler und andere Filmschaffende hinzog. Surfen, Sonne, Hightech, IA-Bildung – dafür standen früher die küstennahen Städte wie die „Stadt der Mutter der Engel“ (LA) und San Francisco mit der Universität von Kalifornien, Standort Berkeley und dem *Silicon Valley*.

Der Reichtum und die Universitäten mit ihren vielen sich immer mehr aufblasenden halb- und pseudowissenschaftlichen Studiengängen haben viele Menschen aber träge und weltfremd gemacht. Ergebnis: Die ehemals beschauliche Traumstadt San Francisco ist heute weder für „woke“ Akademiker, noch für Touristen ein Traum. Die vielen kleinen gut geführten Hotels gibt es noch, aber die jahrzehntelang von politischen Hippies regierte Stadt führte zu flächendeckender Verwahrlosung: Überall in Frisco zelten Obdachlose, von denen viele drogenabhängig und verwirrt und aggressiv sind. Überall liegen Müll und sogar große Ansammlungen Exkremete herum.

Die „woken“ Studenten und Künstler wechselten daher schon in den Nuller Jahren ins nördlich gelegene Oregon, in die größte Stadt Portland, die seitdem ähnliche Degenerationserscheinungen zeigt.

Der größte Unheilstifter ist der eigentlich konservative Politiker Arnold Schwarzenegger, der sein „Terminator“-Image nutzte, um Ministerpräsident (Gouverneur) in Sacramento zu werden. Er fuhr

jahrelang eine grüne und fiskalisch ruinöse Politik, die von seinen Nachfolgern fortgesetzt wurde. So beklagt der in Kalifornien ansässige Naturschützer Michael Shellenberger eine Zerstörung des Ökosystems Wüste durch die vielen Wind- und Solarparks im Bundesstaat.

Nicht nur vier- und mehrbeinige Wüstenbewohner leiden unter der „Ökostrom“-Hysterie der Eliten, auch die Verbraucher bekommen nicht mehr genug Strom, da die nicht-grundlastfähigen Windräder und PV-Anlagen den Bedarf fast nie decken können. Folge: Ministerpräsident Newsom mußte den Energie-Notstand mehrfach ausrufen; und die Bürger wurden zum Stromsparen, vor allem bei Elektroautos (!), aufgerufen.

Um den Energiewende-bedingten Strommangel zu beheben, werden nun in Kalifornien neue Gaskraftwerke gebaut. Kritikern ist schon lange klar, daß eine „ökologische“ Energie-Infrastruktur zwingend eine zweite Notfall-Ersatz-Infrastruktur benötigt. Die grünen Politiker bevorzugen dabei Methangas-Kraftwerke, da neben CO₂ auch Wasser als Verbrennungsprodukt anfällt – bei Kohle hingegen theoretisch nur CO₂.

Die Pointe: Zu Klimaschutzzwecken waren bereits Gaskraftwerke stillgelegt worden....

Abrißkosten von Windradanlagen: mehr als eine halbe Million Euro!

geschrieben von AR Göhring | 30. September 2021

von AR Göhring

In Brandenburg müssen nun 400 Altanlagen abgerissen werden, da die 20jährige Förderfrist abgelaufen ist. Ohne steuerliche Quersubventionierung können die Windräder nicht profitabel betrieben werden, gestern, heute, morgen. Was kostet eigentlich der Abriß?

Ein fleißiger Leser aus Niedersachsen recherchierte ein paar interessante Quellen für uns. Grundsätzlich müssen abgeschaltete Anlagen entfernt werden, zumindest der sichtbare Teil.

Dazu das Baugesetzbuch:

Der Rückbau von Windkraftanlagen ist in §35 Absatz 5, Satz 2 wie folgt festgelegt:

(5) Die nach den Absätzen 1 bis 4 zulässigen Vorhaben sind in einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das

notwendige Maß begrenzenden und den Außenbereich schonenden Weise auszuführen. Für Vorhaben nach Absatz 1 Nummer 2 bis 6 ist als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung eine Verpflichtungserklärung abzugeben, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen; ...

Eigentlich müßten also auch die riesigen unsichtbaren Fundamente beseitigt werden, was meist aber nicht geschieht. Warum, zeigt der Blick auf die Kosten:

Für Anlagen, die in Waldgebieten errichtet wurden, können die Kosten für die Wiederherstellung des Bodens erheblich sein. Hier muss wieder Original-Waldboden eingebaut werden, der über große Entfernungen heranzutransportieren ist. Mit Substraten durchsetzter Boden aus Kompostieranlagen ist nicht zulässig.

Kosten für ein Windrad Typ NORDEX N131 mit einer Nabenhöhe von 164 m und einem Rotordurchmesser von 131 m, Stand 2019:

Rotorflügel 16.000 €

Beton 186.000 €

Verfüllung und Verdichten der Fundamentgrube, Planum herstellen Rückbau der Betriebs- und Kranstellfläche, Wege und Trassen, Wiederherstellung der Oberflächen: 166.000 €

(Bei Waldstandorten ist wieder Waldboden zur Herstellung des Urzustandes einzubauen. Dies kann zu zusätzlichen Kosten von 100.000 € führen.)

Sonderabfall 4.000 €

Krankkosten 62.000 €

Personalkosten 25.000 €

Nebenkosten 116.000 € (Hierzu zählen u. a.: Baustelleneinrichtung, Planungsleistungen, Bauleiter, Sicherheits- und Gesundheitskoordinator, Versicherungen, Vermesser, Bodengutachter etc.)

Aufwand, netto 575.000 €

Aufwand, brutto 684.250 €

Erlös, netto 60.000 € Stahl, Kupfer, Aluminium..

Erlös brutto 71.400 €

Stand 2019

Offiziell sind Windräder ja nachhaltig, obwohl der Rezyklisierungsanteil der Metalle nicht besonders hoch ausfällt. Den Beton (u.a. Löschkalk) kann man mit Hitze wieder verarbeitungsfähig machen (Brandkalk), das braucht aber die größte Hitze, die in der Industrie erreicht wird, neben der Bauxitverhüttung.

Die FDP hatte im BUndestag eine Kleine Anfrage zu dem Thema gestellt:

Kleine Anfrage 2018 der Abgeordneten Oliver Luksic, Karlheinz Busen, Frank Sitta, u. a. der Fraktion der FDP betr.: „Kontrolle und Entsorgung von Windkrafträdern:

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche nicht zu recycelnde Anteil eines Windrads?

Antwort: Aktuell beschäftigt sich das Umweltbundesamt (UBA) im Rahmen der Studie

„Entwicklung eines Konzepts und Maßnahmen für einen ressourcensichernden

Rückbau von Windenergieanlagen“ mit dieser Frage.

Die Ergebnisse werden Mitte2019 vorliegen. Ältere

Untersuchungen, z.B. des VDI aus dem Jahr 2014, gehen davon aus, dass eine Windenergieanlage zu 80 bis 90 Prozent mittels der damals verfügbaren Verfahren recycelt werden konnte. Ob diese Quote sich aufgrund der Weiterentwicklung der Verfahren und möglicher Anpassungen im

Produktionsprozeß erhöht hat, ist u.a. Untersuchungsgegenstand der genannten

Studie des UBA.

Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell und für die nahe Zukunft

genug Verbrennungsanlagen für die nicht zu trennenden Teile und wenn nein,

wie soll dieses Problem gelöst werden?

Antwort: Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Entsorgungswirtschaft sich aufgrund der ansteigenden Menge von Faserverbundwerkstoffen in unterschiedlichen Industriebereichen, so auch im Flugzeug-, Automobil und Bootsbau, auf den sich hier entwickelnden Markt einstellt. Die zur Entsorgung anfallenden Rotorblätter von Windenergieanlagen bestehen aus mit Glas- bzw. Carbonfaser verstärkten Kunststoffen, die auch in anderen Industriezweigen Verwendung finden. Bei beiden Materialarten sind nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen derzeit

technische Herausforderungen bei der Entsorgung in Müllverbrennungsanlagen und anderen thermischen Entsorgungsverfahren nicht auszuschließen. Vor diesem Hintergrund läßt die Bundesregierung die Entsorgungsmöglichkeiten für derartige Materialien derzeit in zwei Ressortforschungsvorhaben untersuchen, die bis Mitte 2019 abgeschlossen sein werden. Entsprechende Forschungsaktivitäten der Recyclingwirtschaft werden u. a. von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert.

Was kosten nach Kenntnis der Bundesregierung Rückbau und Entsorgung eines Windrads und wer muss diese bezahlen?

Antwort: Grundsätzlich sind für den Rückbau und die Entsorgung ausgedienter Windenergieanlagen deren Letztbesitzer unter Beachtung der einschlägigen rechtlichen Rahmenbedingungen verantwortlich. Die Rückbaukosten inklusive Nebenanlagen und Zuwegungen variieren entsprechend des Anlagen- und Fundamenttyps sowie des spezifischen Standorts. Einnahmen können durch den Verkauf der Anlagen sowie aufgrund des hohen möglichen Recyclinganteils generiert werden. Die Rückbaukosten müssen durch den Anlagenbetreiber getragen werden. Die rechtliche Grundlage hierfür findet sich im § 35 Baugesetzbuch (BauGB). Danach müssen Baugenehmigungen über Nebenbestimmungen den Rückbau nach dauerhafter Nutzungsaufgabe sicherstellen. Die Rückbaukosten dürften erhebliche Bandbreiten aufweisen. Nach aktuellen Untersuchungen im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie dürften diese in einer durchschnittlichen Größenordnung von rd. 80 Euro/kW liegen.

Falls die Betreiber die Kosten tragen müssen: Inwieweit müssen die Betreiber von Windkraftanlagen für den Rückbau ihrer Anlagen Rücklagen bilden und was geschieht, wenn der Betreiber nach Stilllegung der Anlage nicht ausreichend finanzielle Mittel dafür zur Verfügung hat?

Antwort: In den Genehmigungen gibt es entsprechende Auflagen, in denen den Betreibern Vorgaben zur Sicherstellung der Rückbaukosten, z.B. durch Rücklagen oder Bankbürgschaften, gemacht werden. Die Überprüfung der Einhaltung der Genehmigungsaufgaben obliegt den jeweiligen Genehmigungsbehörden.

Nicht alle Windräder werden nach der Demontage rezykliert oder

verbrannt – einige gehen auch ins Ausland, wo sie wohl von Bauern oder Industriebetrieben für Zusatzenergiegewinnung oder Unabhängigmachung genutzt werden.

Interessant: Nur für Windräder sind Rückstellungen vom Betreiber zu leisten; nicht aber für Photovoltaikanlagen. Das liegt wahrscheinlich am „mobilen“ Charakter der Zellen, die meist nicht auf tonnenschweren Mineralmaterial wie Beton errichtet sind, sondern auf relativ leichten Stahl- und Kunststoffgerüsten.



eigenes Werk von Manfred Knake, Wattenrat.de

**„Deutschland ist ein Klima-Schurke“:
Greta Thunberg vorm Reichstag –**

Wahlkampfschau für die Grünen

geschrieben von AR Göhring | 30. September 2021

von AR Göhring

„Wir haben kaum Schüler gesehen bei dieser Demo“, meinte eine BILD-Journalistin zu Claus Strunz. Greta Thunberg besuchte die Fridays-for-future-Demonstration in Berlin vor dem Parlament mit Luisa Neubauer. Angemeldet waren 20.000 Teilnehmer; tatsächlich gekommen seien nach FFF-Angaben Zehntausende.



eignes Werk Aufruf im Glaskasten einer Schule

Der weltweite Klimastreik fand interessanterweise zwei Tage vor der richtungweisenden Bundestagswahl in Deutschland statt, dem in Europa wichtigsten Staat der westlichen Länder. Eigentlich ist die Bundesrepublik auch die Zentrale von FFF, da die Bewegung der schwedischen Schulschwänzerin nirgendwo so viel Zustimmung erfährt. Was sagten die Stockholmer Aktivistin und Luisa? Nichts Neues, nur

„Deutschland ist ein Klima-Schurke“

Danke, Greta. Begründet hatte die gut aufgelegte und erholt wirkende Thunberg ihre Beschimpfung („villain“) mit dem Argument, Deutschland sei historisch der viertgrößte Emittent an Kohlen-zwei-Sauerstoff, und das mit nur über 80 Millionen Einwohnern (was historisch falsch ist). Das Historien-Argument wird von Alarmisten gern bemüht, um zu rechtfertigen, daß ein Land mit nur 2%-Anteil an der weltweiten CO₂-Produktion seine Industrie ruinieren soll, obwohl es gar keine Auswirkung hat. Die ungewöhnliche kalte und nasse Witterung seit Dezember 20 erwähnte Greta nicht.

Der Klartext-Journalist Claus Strunz, früher Sat1, heute Bild-TV, kritisierte im neuen Fernsehsender der Zeitung den Auftritt der schwedischen Aktivistin, die mittlerweile volljährig ist. Er nannte sie eine Israelfeindin, die einen Tag nach Neubauers Antisemitismus-Vorwurf an Hans-Georg Maaßen BDS-Zitate twitterte und dafür einen Schittsturm kassierte (natürlich folgenlos). Strunz wunderte sich, daß die Behörden zwei Tage vor der Wahl am wichtigsten Demonstrationsort des Landes eine Klimademo zuließen und folgerte, daß es sich beim FFF-Ereignis sehr wohl um eine Wahlkampfveranstaltung für die Grünen handele.

Die beiden Grünen-Chefs Baerbock und Habeck indes waren nicht in Berlin anwesend, sondern gemeinsam auf einer Wahlkampfveranstaltung in Düsseldorf.

Der Klimastreiktag fand auf der ganzen Welt statt – sogar in Istanbul fanden sich 500 Demonstranten zusammen. Das Zentrum war aber klar Deutschland – in München waren zum Beispiel 12.000 Aktivisten unterwegs und ließen Straßen sperren. Überall im Land sprühten FFFler im Vorfeld Sprüche auf die Straßen und Gehwege (Thüringen: „Kinder wählen für ihre Eltern“). In der westfälischen Stadt Meschede führte das zu zahlreichen Anzeigen, weil die Sprühereien der „Umweltschützer“ das neue Pflaster verunreinigten, was zu Tausenden Euros Reinigungskosten führte.





eignes Werk

Nebenbei: Sprühdosen enthalten als Treibmittel heuer meist Butan oder Propan, die als mehratomige Gase Treibhauswirkung besitzen....